Die siamesischen Zwillinge - Teil 2*

Merkmale österreichischer Arbeiterbewegung

Bürokratie

Parlamentarische Demokratie ist Zusammenarbeit zweier großer Klassen, folglich zweier großer Bürokratien. Bei besonders guter Zusammenarbeit der Klassen verschmelzen ihre beiden Bürokratien zu einem einzigen Leviathan. Dann ist Demokratie gleich Bürokratie. Österreichs Realverfassung ist darin negativ wie positiv exemplarisch. Im alten Öterreich war Bürokratie - militärische und zivile - die Klammer des permanent zentrifugalen Reiches. Bürokratie war eine Weise des Rückschritts: Fessel der ökonomischen Entwicklung ab einer gewissen Höhe. Bürokratie war eine Weise des Fortschritts: staatliche Hochpäppelung des frühen Kapitalismus; staatliche Durchsetzung der dafür nötigen Modernisierung der Institutionen im k. u. k. Minimalmaß.

* Teil 1 erschien in Heft 8/79, S. 454 ff.

Was die Französische Revolution verwirklichte, das machten bei uns - sagen Liebhaber des alten Österreich - schon Maria Theresia und Josef II. Nur ein bißchen, aber ausreichend, um Revolution, gar erfolgreiche Revolution, sich gar nicht erst anzutun. Österreich ist besonders anfällig für Begriffe und Wirklichkeit emanzipatorischer Bürokratie: staatliche Revolution von oben in homöopathischer Verdünnung. „Josefinismus“ ist dafür der nationalhistorische Fachausdruck, nach dem emanzipatorischen Bürokraten Josef II. Die josefinische Tradition der österreichischen Beamten ist eine Mischung aus Effizienz und Skurrilität, Borniertheit und Aufklärung. Sie hat die Monarchie durchaus überlebt. Zusammenarbeit der Klassen heißt in Österreich auch Zusammenarbeit der alten „josefinischen“ Staatsbürokratie und der diversen Bürokratie der Arbeiterbewegung: Arbeiterkammern; SP-besetzte Ministerien; SP-Fraktionsbürokratie im Parlament; SP-Bürokratie in Ländern und Gemeinden; in der verstaatlichten Industrie und sonstiger Gemeinwirtschaft; Gewerkschafts- und Parteiapparate im engeren Sinn.

Gar nicht selten ist emanzipatorische Bürokratie der Arbeiterbewegung, weil neuer, auch größer, bürokratischer als die durch Alter aufgeweichte konservative Bürokratie. Aber das ändert nichts an ihrer historischen Fortschrittlichkeit. Auf die Bürokratie des bürgerlichen Staates (auch schon des feudalen), auf die Bürokratie der kapitalistischen Ökonomie antwortet die Bürokratie der Arbeiterbewegung. Auf die Macht des bürgerlichen Staates, die Macht der kapitalistischen Ökonomie antwortet die Gegenmacht der Arbeiterbewegung - als gleichfalls bürokratische Macht. Armeen, die einander auf demselben Schlachtfeld treffen, legen sich in der Regel die etwa gleiche Ausrüstung zu. Macht und Gegenmacht sind gleich bürokratisch. Die alte und altbürokratische Geschichte Österreichs vermischt sich mit der sehr emanzipatorischen und sehr bürokratischen Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Hier liegen die empirischen Wurzeln für die unphilosophische Unbekümmertheit, mit der diese Arbeiterbewegung sich zur grobianischen Fortschrittlichkeit ihrer Bürokratie bekennt. Das ändert sich erst mit Einströmen einer neuen, jungen Kopfarbeiterklasse in die Arbeiterbewegung.

Kopfarbeiterklasse

Mastodontische (Mammut-)Apparate wie zentralisierte Großgewerkschaften vom Typ des ÖGB ändern sich nicht durch bloßes Zureden. Die innere Demokratie ihres Statuts ist in permanentem Widerspruch zur bürokratischen Realität ihres Alltags. Nicht einfach aus bösem Willen machtbesessener Funktionäre (was es auch gibt), sondern: Ihre undemokratischen Deformationen sind auch funktionsbedingt, systemgerecht. In einer Welt der großen Apparate müssen sie desgleichen sein. Erst wenn die Demontage der Bürokratie genauso systemgerecht und funktionsnotwendig wird wie einst ihr Aufbau - erst an diesem konkreten historisch-materiellen Punkt wird aus schönem Reden reale Umwälzung.

Dieser Punkt wird erreicht mit Aufkommen und Anwachsen der neuen Kopfarbeiterklasse. Daß die Arbeiterklasse politische und ökonomische Macht erkämpft, war eine bloße Redensart. Worum die Arbeiterklasse kämpfte, war, berechtigtermaßen, materieller Wohlstand. Diesen zu kriegen, bedurfte es politischer und ökonomischer Macht. Diese auszuüben, einer tüchtigen Arbeiterbürokratie. Die Arbeiterbewegung mußte arbeitsteilig sein wie ihr bürgerlich-kapitalistischer Gegner und Partner.

Die neue Kopfarbeiterklasse ist materiell weitgehend gesättigt, und ausbildungsmäßig kompetent: sie kann die Ausübung politischer und ökonomischer Macht - moderner gesagt: Mitbestimmung und schließlich Selbstverwaltung - *wirklich* in ihre eigenen Hände nehmen. Sie kann arbeitsteilige Delegation an eine gesonderte Bürokratie widerrufen. Das geht nicht ohne Kampf: „neue“, junge Kopfarbeiter gegen „alte“ Partei- und Gewerkschaftsbürokraten."

Für die neue Arbeiterklasse hat Mitbestimmung folglich wesentlich anderen Stellenwert als für die alte. Diese, gewöhnt durch die Nötigungen der älteren Produktionsweise in Fabrik und Büro, fand sich ab mit Disziplin, Hierarchie, Bürokratie auch in der Arbeiterbewegung. Die neuen Kopfarbeiter, durch ihre wissenschaftlich-technische Produktionsweise gewöhnt an weniger autoritäre, selbständigere Arbeit, revoltieren gegen Delegation an Großorganisationen und Großbürokratien. Sie wollen selber mitbestimmen. Mitbestimmung hat für sie auch deshalb anderen Stellenwert, weil sie den Verteilungskampf mit dem Kapital nicht vorwiegend um materiellen Lebensstandard führen mußte wie die alte Handarbeiterklasse. Von einer Nebenfrage, delegierbar an Parteien und Gewerkschaften, wird Mitbestimmung für die neue Kopfarbeiterklasse zu einer Hauptfrage. Für sie geht der Klassenkampf, bei erreichter materieller Sättigung, hauptsächlich und unmittelbar um politische und ökonomische Mitbestimmung. Damit wird der Kampf der Kopfarbeiter um Mitbestimmung zugleich ein Kampf gegen die „alten“ Partei- und Gewerkschaftsbürokraten. Sie wollen sich an ihre Stelle setzen mit dem Argument, es gelte ihr Monopol auf Ausübung der Mitbestimmung zu brechen, die Mitbestimmung zurückzuholen von den Bürokraten zu den Arbeitenden selbst. Dies ist eine langfristige Tendenz, verkürzt und vergrößert dargestellt.

In Österreich zeigt sich diese Tendenz vorsichtig auch innerhalb des ÖGB: Mitbestimmung „von unten“, stillschweigend zugespitzt gegen die „alte“ Bürokratie, betont vor allem die Gewerkschaft der Privatangestellten. Sie ist zuständig für die neue Kopfarbeiterklasse, überdies aufgewachsen zur größten Einzelgewerkschaft des ÖGB. Traditionell ist sie ein bißchen „linker“ als dieser — was immer schon mit ihrem Anteil an Kopfarbeitern zusammenhing.

Der Kampf um mehr Mitbestimmung von unten gegen Bürokratie von oben ist auch ein Kampf der Aufsteiger. Die Basisdemokraten von heute können die Bürokraten von morgen sein. Das gilt auch von jenen Kopfarbeitern, die Kreisky fürs

neue SPÖ-Programm heranzog und die diesem seine basisdemokratische Färbung gaben. Es war dies ein Bündnis der obersten Führungsspitze mit junger intellektueller Basis kontra „alte“ Bürokratie im Mittelbau der Partei - die österreichische Version von „Kulturrevolution“.

Wachstum

Die Arbeiterbewegung erzielt ihre materiellen Erfolge nicht durch Umsturz des Kapitalismus, sondern durch seine Fortentwicklung. Dies schließt ein die langfristige Perspektive: ihn zu entwickeln, bis er fort ist aus der Geschichte, dieser Moloch. Die mittel- und kurzfristige Perspektive besteht in einem doppelten Reifungsprozeß: die Arbeiterbewegung gelangt in immer mehr Kommandopositionen, auf demokratische, friedliche Weise - und eben dadurch kann sie Sorge tragen für ständige Modernisierung des kapitalistischen Produktionsapparates, Wachstum, Produktivität. Das erwirtschaftete Ergebnis wird verteilt im demokratischen freien Spiel der Kräfte des Klassenkampfes.

Zugleich steigen im Verteilungskampf zwischen Nord und Süd unseres Globus, gemäß zunehmender Stärke des Südens, die Rohstoffpreise, vor allem der Ölpreis. Dies bringt, trotz permanenter technischer Revolution, ein Fallen der Profitrate. Der Kapitalismus verliert die Lust am Produzieren, „das Feuer der kapitalistischen Produktion erlischt“ (Marx). Der kapitalistische Ärger über die fallende Profitrate wird wissenschaftlich eingesehnet vom exklusiven „Club of Rome“ als Theorie vom „Nullwachstum“. Auf einmal werden Umweltschutz und Rohstoffsparen entdeckt.

Demgegenüber fällt der Arbeiterbewegung zu, den Kapitalismus wieder zu halbwegs guter Laune zu bringen. Sie subventioniert ihn, gibt ihm Investitionsstöße aus öffentlichem Geld und schiebt Steuerprivilegien nach. Die Arbeiterbewegung wird zum „ideellen Gesamtkapitalisten“. Sie tut, was das Kapital selbst schon nicht mehr kann und will. So kriegt sie Lebensstandard für ihre Massen. Zugleich zerstört sie, in schöner Gemeinsamkeit mit dem Kapital, etwa noch verbliebene Umwelt, vergeudet Rohstoffe zugunsten der Produktion von unnützem, auch gefährlichem Zeug. Der Kapitalismus liefert Lebensstandard und Arbeitsplätze. So daß man noch Dankeschön sagen muß.

Derzeit und noch eine ganze Zeitlang ist die Arbeiterbewegung zugleich für mehr und für weniger Wachstum. Das ist unlogisch und unvernünftig und entspricht somit genau dem kapitalistischen System, innerhalb dessen sie operiert. Aus dem Zwang des bestehenden Systems ausbrechen kann, soll, muß der einzelne Intellektuelle. Nicht ausbrechen kann - wie wahr auch sein mag, was der Intellektuelle für die Zukunft prophezeit — die im Jetzt und Hier verstrickte Interessenvertretung. Desto weniger, je mächtiger sie ist. Je stärker, je ebenbürtiger die Arbeiterbewegung ist, je präziser sie Kapitalmacht ausbalanciert - desto tiefer, unentrinnbarer ist sie mitten drin in Wirtschaft und Staat, wie sie jetzt und hier sind.

Die Macht der Arbeiterbewegung beruht gerade in ihrer realistischen, phantasielosen Gangart auf dem Boden der Tatsachen. Entwickelte sie statt vornehmlich Macht vornehmlich Phantasie, verfehlte sie ihren historischen Zweck. Die Natur unserer Gesellschaft hat sie daher nicht mit Flügeln fürs Luftreich der Zukunft ausgestattet, sondern mit Sitzfleisch für den Verhandlungstisch. Die Arbeiterbewegung ist interessiert am Funktionieren dieses Wirtschaftssystems. Sie wächst und schrumpft gleichläufig mit Wachstum und Krise. Wachstum stärkt sie, Krise schwächt sie. Intellektuelle sprechen vom „Wachstumswahn“ der Arbeiterbewegung. Ist es Wahnsinn, so hat er Methode.

Erfolgreiche Lohn- und Gehaltsverhandlungen sind verknüpft mit Konjunktur. In der Krise gibt es wenig bis gar keine Erhöhungen oder sogar Reallohnverluste. Von daher der „Wachstumswahn“. Seit es dieses System gibt, gelang noch nie eine massive Umverteilung. Was gelingt, ist immer wieder die Aufteilung des Zuwachses, mehr oder minder gerecht, zwischen Kapital und Arbeiterbewegung. Von daher der „Wachstumswahn“. Die Arbeiterbewegung könnte mit dem Wahn aufhören, wenn sie echte Umverteilung von Einkommen und Vermögen kriegte. Davon kann bis auf weiteres keine Rede sein. Dazu ist sie, stark wie sie ist, nicht stark genug.

Mehr Masseneinkommen gibt es nur, wenn die Wirtschaft wächst. Das heißt mehr Produktivität. Das heißt, unter Umständen, weniger Arbeitsplätze. Die Arbeiterbewegung ist sehr für Vollbeschäftigung - mehr ist sie nur noch für Produktivität. Nur so können Löhne und Gehälter steigen, nur so kann Arbeiterbewegung ihren primären Lebenszweck erfüllen. Mehr Produktivität heißt in aller Regel mehr Energie. Folglich ist Arbeiterbewegung für Atomkraft. Davon kann sie niemand wegbringen, weil sie niemand von ihrem primären Daseinszweck wegbringen kann. Dieser besteht nicht darin, den Kapitalismus zu beseitigen, wie verhängnisvoll er ist — sondern innerhalb des so beschaffenen Systems die unmittelbaren, gegenwärtigen Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu wahren.

Wie kommt man heraus aus dem Teufelskreis? Nicht, indem man die realen Verhältnisse übersieht, in denen die Arbeiterbewegung steckt. Nicht, indem man so tut, als wäre sie frei, gerade so gut das Gegenteil von dem zu vertreten, was sie derzeit vertritt. Gegen Atomkraft gibt es sehr schwerwiegende Gründe. Man muß gegen die blinde Wahrung kurzfristiger, zweifelhafter Interessen sein, und für die aufgeklärte Wahrung der wirklichen Interessen der Menschen. Aber man kann es nicht sein durch Ignorieren des „stummen Zwangs der Verhältnisse“ (Marx). Den Hebel zur Veränderung der Wirklichkeit kann man erst ansetzen, nachdem man die Wirklichkeit erkannt hat, wie sie wirklich ist.

Die Atomangst ist berechtigt. Zugleich ist sie ein Luxus, den sich die kleinen Leute nicht leisten können. Daß sie ihr Leben nur auf lebensgefährliche Weise halbwegs sicherstellen können - das müssen sie doch gewöhnt sein, das merken sie gar nicht recht, und merken sie's, was hülfe es ihnen? Sie können nicht raus. Tausende

Verkehrstote, Abertausende Betriebsunfälle, noch mehr Gesundheitsschäden durch unsinnigen Konsum, unmenschlichen Streß, verpestete Umwelt. Um gegen die Atomkraft zu sein, braucht es die materielle und intellektuelle Polsterung des Kopfarbeiters — die hat er auch, wenn er wenig verdient oder gar nicht so gescheit ist; seine allgemeine Lebenslage, seine Vorstellungen sind auch dann die des durchschnittlichen Kopfarbeiters. Die kleinen Arbeiter und Angestellten können sich nicht wehren; sie akzeptieren die Atomgefahr als eine Gefahr mehr in ihrer gefährdeten Existenz. Die Kopfarbeiter sind kampffähig; zu ihrem - zumindest vorgestellten - Lebensstandard gehört auch schon die heile Umwelt, die sichere Zukunft. Darin liegt konkrete Hoffnung.

In der Arbeiterbewegung zeigt sich eine tendenzielle Zunahme der Kopfarbeiter. Wenn dort ihre Zahl und folglich ihre Auffassungen genügend durchschlagend sind — erst dann kann, erst dann wird der altertümliche „Wachstumswahn“ ersetzt werden durch neuen, gesunden „Umweltwahn“. Diesen Prozeß soll man nach Kräften beschleunigen - mit loyaler Einsicht in die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, denen reale Arbeiterbewegung unterliegt. Der Österreichische Gewerkschaftsbund beschloß auf seinem Bundeskongreß 1975 unter Hinweis auf die „Erhaltung der Vollbeschäftigung“ als „oberstes Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik“: „Vor allem aus diesen Gründen lehnt der ÖGB alle wirtschaftspolitischen Konzepte, denen kein Wirtschaftswachstum zugrunde liegt, auf das entschiedenste ab.“

In derselben Resolution „erachtet der ÖGB die Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen weiterhin als eines seiner wichtigsten Ziele“. Dies ist seit seiner Geburt (1945) statutarisch festgelegt: „(§ 3) . . . unentwegter Kampf zur Hebung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft Österreichs.“ Immerhin enthält die Resolution auch sanfte Kritik am „Umfang des privaten Konsums“, heftigere daran, daß die „Werbewirtschaft riesige Geldmittel einsetzt“, um den Menschen diesen Konsum als „höchstes Lebensziel“ einzureden. Für „Umweltschutz“ werden „größere finanzielle Mittel“ gefordert. Weniger Wachstum und dementsprechend „geringere Einkommenssteigerungen“ werden prognostiziert.

Mit dieser gewerkschaftlichen Vorsicht kontrastiert eine gewisse Drastik im neuen Programm der SPÖ von Mai 1978. Erstmals in einem sozialdemokratischen Programm wird „hemmungsloses Wachstum“ verurteilt — erstmals gebremstes „qualitatives Wachstum“ als Ziel verkündet. Es wird definiert als eines das orientiert sei, statt an Quantität, an „Humanisierung der Arbeitsplätze“, „verantwortungsvoller Nutzung der Produktionsfaktoren“ und „möglichst geringer Belastung der Umwelt“.

Erstmals enthält ein sozialdemokratisches Programm auch ausdrücklich Kritik an Rohstoff- und Energievergeudung. Ein allgemeines Ja zur Atomkraft wird eingeeignet durch vier konkrete Vorbehalte: Vorrang der Sicherheit; keine Einschränkung der Grundrechte; vorausschauende Energieplanung; genaue Prüfung der ökonomi-

schen Notwendigkeit. Zwischen dem unbestimmt allgemeinen Ja und den konkret formulierten Vorbehalten läßt das Programm Spielraum für Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung zwischen Anhängern des traditionellen, auch wohlbegründeten „Wachstumswahns“ und modernistischen „Grünen“, Umweltschützern und Atomkraftgegnern sowie jenen, die deswegen keine Wahlen verlieren wollen.

Viel unverblümter ist das Ja des ÖGB in der Atomfrage. Wahlen berühren ihn nicht unmittelbar. Zum traditionellen, wohlbegründeten „Wachstumswahn“ kommen noch spezielle Gründe: Die österreichische Arbeiterbewegung ist mit der (teils verstaatlichten, teils verländerten, teils kommunalen) Elektrizitätswirtschaft traditionell eng verknüpft. Überdies sind die stählernen Druckkessel der Atomkraftwerke für die verstaatlichten „Vereinigten Österreichischen Stahlwerke“ arbeitsplatzwichtige Aufträge. Die alte Handarbeiterklasse ist im ÖGB zahlreicher vertreten als in der Partei — auch und vor allem in der ÖGB-Führung. Sie hängt am Erfahrungssatz: Nur hohe Produktivität - die viele einzelne Arbeitsplätze vernichtet - sichert insgesamt hohe Beschäftigung, mehr Lebensstandard. Daher Wachstum, daher mehr Energie, daher Atomenergie. Deren Tödlichkeit beeindruckt die traditionelle Arbeiterklasse wenig - sie weiß seit je, daß Kapitalismus lebensgefährlich ist.

In der Partei ist die neue Kopfarbeiterklasse zahlreicher (35% Angestellte, darunter ein steigender Prozentsatz „höherer“) — besonders in der Parteiführung, noch stärker in jenen Führungsbereichen, wo langfristig gedacht wird. Die neue Arbeiterklasse hat als Hauptsorge weder Arbeitslosigkeit noch Lebensstandard. Ihre Beschäftigung ist durch hohe Ausbildung und Nützlichkeit in modernsten Produktionsbereichen relativ gesichert. Relativ hohes Einkommen hat sie schon oder gute Aussicht darauf. Sie hat vor allem metaökonomische Forderungen wie direkte Mitbestimmung und heile Umwelt, daher wenig Wachstum, keine Atomkraft. Der letzte Grund für die Differenz innerhalb der Arbeiterbewegung in Sachen Wachstum, Umwelt, Atomkraft liegt darin, daß sich in ihrem Schoß absteigende alte und aufsteigende neue Arbeiterklasse zukunftsfruchtig mischen. Darin liegt auch Zuversicht, daß die Differenz gelöst wird.

Einheit

„Partei und Gewerkschaft sind siamesische Zwillinge“ — der sozialdemokratische Parteigründer Victor Adler meinte diesen Satz außer als Feststellung auch als Warnung. Die Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung beruhte und beruht auf ihrer Einheit; es gab und gibt weder politische Zersplitterung in mehrere Parteien noch Isolation zwischen Partei und Gewerkschaft.

Eine verworrene Frühzeit: erste Parteigründung 1872, dann wilde Richtungskämpfe zwischen lassalleanisch inspirierten „Gemäßigten“ und anarchistisch inspirierten „Radikalen“, fast zwei Jahrzehnte lang, bis zur Einigung und Neugründung

durch Victor Adler, Hainfeld 1888 - das reichte für einen segensreichen Komplex aus Spaltungssphobie und Einheitsfanatismus. Es gab in Österreich nie eine praktisch bedeutungsvolle Arbeiterpartei links von der Sozialdemokratie - auch nicht im europaweiten Sog des russischen Oktober 1917, auch nicht im Dezennium russischer Besetzung 1945/55. Die KP war in Österreich immer eine Zwergpartei.

Mit der deutschen Arbeiterbewegung ist es geradezu umgekehrt. Die Parteieinheit kam viel früher als in Österreich; „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ (Marxianer) einigten sich schon 1875. Dafür sitzt wohl die Spaltungsangst weniger tief. Jedenfalls entstanden immer wieder links von der Sozialdemokratie historisch sehr bedeutungsvolle Gebilde: USPD, KPD, DDR, Studentenbewegung. Wer heute sagt: „Niemand in der deutschen Sozialdemokratie denkt ernsthaft an Spaltung“ - sagt etwas Richtiges und etwas Komisches. Die Spaltung hat ja schon stattgefunden, mehrfach, und wer daran nicht denkt, denkt eben nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung hat wie die katholische Kirche eine Ketzergeschichte, und verdrängt sie wie diese, gleichfalls bis in die jüngste Zeit. Es ist keine Geschichtsbewältigung, wenn man vor und hinter DDR Gänsefüßchen setzt.

Der Unterschied zwischen österreichischer und deutscher Arbeiterbewegung ist auch der Unterschied zwischen Einheit und Spaltung. Ein relativ schwacher Kapitalismus hat es in Österreich mit der geschlossenen historischen Formation der Arbeiterbewegung zu tun. Ein sehr mächtiger Kapitalismus, der zweitstärkste der Welt, hat in der BRD eine Arbeiterbewegung vor sich, geschwächt von den Wunden vergangener und gegenwärtiger Spaltung.

Mit bürgerlich-kapitalistischen Augen hat die Teilung Deutschlands auch die Funktion, die deutsche Arbeiterbewegung geteilt zu halten. Wer daran rührt, muß fallen, und sei er noch so gewaschen mit allen Wassern westlicher Demokratie. Willy Brandt ließ man stolpern über „Ostpolitik“ und „Ostspionage“. Mit Herbert Wehner und Egon Bahr wird dieselbe Erfolgskur probiert.

Per Saldo verfügen die bundesdeutschen Arbeitnehmer immerhin, wie die österreichischen, über einen überwiegend einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Arm ihrer Bewegung. Sie sind damit um so viel besser bedient als ihre Kollegen in Lateineuropa, wo politische wie gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse zerspalten sind. Daß die lateineuropäischen Kampfformen wirksamer sind als unsere nördlich nüchternen ist ein romantischer Mythos. Jede Statistik über Einkommen und sonstigen Lebensstandard beweist im Gegenteil die größere Effizienz der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Dies ist zugleich ein Hinweis auf die größere Effizienz einer politisch wie gewerkschaftlich einheitlichen Arbeiterbewegung.

Politische und gewerkschaftliche Einheit hängen ursächlich zusammen. Wo sich die politische Vertretung der Arbeiterklasse historisch zersplittert hat, passierte dies

auch mit der Gewerkschaftsbewegung. Die diversen Parteien spalten die Gewerkschaftsbewegung in diverse Gewerkschaftszentralen. Es gibt dann nur Verbindung zwischen einer Partei und der ihr nahestehenden Gewerkschaft (z. B. KPI und KP-nahe Gewerkschaftszentrale CGIL). Das bringt der betreffenden „siamesischen“ Teileinheit einen gewaltigen Vorteil gegenüber anderen Organisationen, die über derlei nicht verfügen (z. B. italienische Sozialdemokratie, die faktisch ohne Gewerkschaftsarm dasteht).

Die „siamesische“ Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft funktioniert als wechselseitige Abhängigkeit. Jeder Zwilling ist dem andern fast unentbehrlich. Die Gewerkschaften brauchen einen starken verlängerten Arm in Parlament und Regierung, wie ihn die politische Partei der Arbeiterklasse liefern kann. Sie ist nichts anderes als die Gewerkschaft, nur auf anderem Felde. Sie macht in Parlament oder Regierung, was die Gewerkschaft in der Ökonomie macht: Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ist eine „parlamentarische Gewerkschaftspartei“. Umgekehrt braucht diese Partei einen starken außerparlamentarischen Arm, wie ihn die Gewerkschaften liefern können. Sie gerät sonst, unbeschadet der Sitzverteilung im Parlament, unbeschadet ihrer Wahl- und Regierungserfolge - ins Hintertreffen. Denn die bürgerliche Gegenseite hat einen außerparlamentarischen Arm, mit dem sie auf ihre parlamentarisch-demokratische Waagschale kräftig drückt:

Die „Wirtschaft“ sitzt nicht im Parlament, sondern draußen in der ökonomischen Realität. Der Kapitalismus ist außerparlamentarische Opposition von einer Größenordnung, wogegen alle APO aus seligen 68er Tagen ein Scherz. Ohne die „APO“ einer starken Gewerkschaftsbewegung kann sich Arbeiterbewegung weder in Parlament noch Regierung durchsetzen. Die „siamesischen Zwillinge“ Partei und Gewerkschaft ergänzen einander auch im ideologischen Überbau. Die sozialistische Perspektive der Partei ist unentbehrlich für die platt reformistischen Gewerkschaften. Und eben deren instinktsicherer Reformismus ist unentbehrlich zur Korrektur verlogener Parteirhetorik.

Ohne ein weit in die Zukunft geworfenes Programm der Transformation des Kapitalismus wie es effiziente SPen, effiziente KPen immer irgendwie haben (bei allen sonstigen, schwerwiegenden Unterschieden) - verkommen Gewerkschaften zu bloßen Reformagenten des Kapitals. Sie wahren dann nur die primären, unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und schaden ihr durch Ignorieren oder sogar Dementieren ihres mittelbaren, langfristigen Interesses, nämlich Beseitigung des Kapitalismus (z. B. US-Gewerkschaften). Ohne den erdschweren „Trade-Unionismus“ der Gewerkschaften — verideologisieren die Parteien zu Sekten. Ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse wird bloße Karikatur, weil diese aus ihnen desertiert oder sich gar nicht erst rekrutieren läßt (z. B. „linksradikale“ KPen der zwanziger Jahre; heutige K-Sekten, die als Arbeiterparteien firmieren).

In ihren wechselseitigen materiellen und ideologischen Abhängigkeiten sind die „siamesischen Zwillinge“ Partei und Gewerkschaft nicht genau gleichgewichtig. Eine Gewerkschaftsorganisation kann auch ohne „siamesisch“ zugehörige politische Partei einigermaßen funktionieren (in den USA z. B.). Eine politische Partei der Arbeiterklasse ohne „siamesisch“ zugehörige Gewerkschaftsorganisation hingegen wird unwirksam, stirbt ab (in Italien z. B. die Sozialdemokratische Partei Saragats, ohne gewerkschaftlichen Arm, verglichen mit der KPI, mit ihrer starken Gewerkschaftszentrale CGIL). Weil Gewerkschaft ohne Partei notfalls auskommt, Partei ohne Gewerkschaft ihre Effizienz verliert — ist im „siamesischen“ Innenverhältnis der Gewerkschaftszwilling regelmäßig stärker als der Parteizwilling.

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat sich das gewerkschaftliche Übergewicht früh etabliert (Parteitag Mannheim 1906: politischer Massenstreik nur mit gewerkschaftlicher Genehmigung). In Österreich war die Arbeiterbewegung stets ein bißchen „linker“, transformationsfreudiger als die deutsche; hier setzte sich das Übergewicht der traditionell reformistischen, „rechten“ Gewerkschaftsorganisation endgültig erst in der Zweiten Republik durch. In der Ersten Republik war zeitweilig das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nur noch wenig entfernt von offener Feindseligkeit - hauptsächlich wegen der starken Ideologisierung der Partei, ihrem (verbal) „radikalen“ Kurs, der die Integration in den bürgerlichen Staat behinderte, wie sie von den reformistischen Gewerkschaften gewünscht wurde.

Das Mißlingen des sozialdemokratischen Februaraufstandes 1934 zur Rettung der parlamentarischen Demokratie vor dem Austrofaschismus hatte einen seiner Gründe in diesem schlechten Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Der unterbliebene gewerkschaftliche Generalstreik zur Unterstützung des Aufstands besiegelte dessen Niederlage und die Ankunft des Faschismus.

In der Zweiten Republik etablierte sich die gewerkschaftliche Suprematie auf mehreren Gebieten. Zur Zeit der Koalitionsregierung von sozialdemokratischer und bürgerlicher Großpartei war der Gewerkschaftsbund auf besondere Weise unentbehrlich. Während die SPÖ Regierungspartei war, spielte der ÖGB eine gewisse Oppositionsrolle — eine Addition der Kräfte zugunsten der Interessen der Arbeiterklasse. Die SPÖ konnte solcherart ihre schwächere Position als Juniorpartner der Koalition wettmachen und fast gleichgewichtig werden. Sie „bezahlte“ den ÖGB mit einer immer größeren Zahl von Gewerkschaftsvertretern in der Parlamentsfraktion und einer Anzahl sicherer Ministerposten - eine Art feudalistisches Lehenssystem. Das setzte sich in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung fort. Der ÖGB spielt dadurch eine entscheidende Rolle nicht nur als Gewerkschaft, sondern auch innerhalb der Partei. Ohne ihn kann dort kein Spatz vom Dach fallen.

Da ihn aber nicht alle Spatzen interessieren, bleibt der Partei in wesentlichen politischen Fragen dennoch ein weiter Spielraum. Sie hat ihn unter Kreisky durch dessen Manövrierkunst noch erweitern können. Auf seinem ureigensten Feld — in den

Betrieben — läßt sich der ÖGB von der Partei nichts dreinreden. Er will dort keine „Parteipolitik“, auch nicht sozialdemokratische. Das Fernbleiben der Partei aus der „Betriebsarbeit“ ist ausdrücklich im Parteistatut festgelegt. Die Betriebe sind das Feudalterritorium der „Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB“ — welche nicht zum Parteivorstand ressortiert (wie etwa die Parlamentsfraktion), sondern ein eigenes Gebilde ist (formell ein Verein, faktisch ressortierend zum ÖGB-Präsidium).

Ferner beteht außerordentliche finanzielle Überlegenheit des ÖGB über die Partei. Er verfügt über ein eigenes Finanzimperium. Dazu gehören alle gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Genossenschaften; sie sind mit dem ÖGB in ihren Führungspositionen personell fest verflochten. Weiteres Kernstück ist die „Bank für Arbeit und Wirtschaft, Aktiengesellschaft“ (BAWAG), deren Aktionäre, Haupteinleger und Hauptkunden die Gewerkschaften und Genossenschaften sind. Sie ist die drittgrößte Bank des Landes, mit Abstand. Einer der drei Vorstandsdirektoren ist stets der für Finanzen zuständige Leitende Sekretär des ÖGB. Die SPÖ ist demgegenüber arm. Mitgliedsbeiträge, Parteispenden, „Besteuerung“ der Funktionsbezüge reichen nicht für die kostspielige Wahl- und Propagandaarbeit. Der Rest kommt vom ÖGB, auf dem Weg über die „Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter“. Der ÖGB vergibt „Fraktionsbeiträge“ gemäß Fraktionsstärke; alle kriegen was, die „FSG“ gemäß Stärke das allermeiste. Der ÖGB ist eine sehr wichtige und verlässliche Finanzquelle der Partei. Dementsprechend ist sein Einfluß.

In Österreich ist das „siamesische“ Funktionieren von Partei und Gewerkschaft auch noch verknüpft mit einem elastischen Rollentausch der beiden Zwillinge. Als die Partei in Opposition ging, zu Zeiten der ÖVP-Alleinregierung (1966-1970), übernahm der ÖGB in nahtlosem Anschluß die frei gewordene Rolle des Koalitionspartners der ÖVP — nicht juristisch, aber faktisch; jede größere staatliche und ökonomische Entscheidung wurde mit ihm vorberaten. Er wurde von der bürgerlichen Großpartei sorgsam gehätschelt, nie brüskiert. Umgekehrt übernahm der ÖGB zu Zeiten der SPÖ-Alleinregierung (ab 1970) die Rolle einer zwar schaumgebremsten, aber ernsthaften und effektiven Opposition - wiederum sorgsam gehätschelt, nie brüskiert, anders als die Regierung Kreisky mit der bürgerlichen Oppositionspartei bisweilen umsprang. So konnte die Arbeiterpartei in Österreich mit jeweils einem ihrer Zwillinge sowohl Regierung wie Opposition sein. Letzteres hat seine Parallele in einer gewissen Oppositionsrolle des DGB gegenüber der SPD-geführten Regierung. Ersteres ist eine Rolle, die der DGB nie spielte - ein Hinweis auf seine wohl eher geringere gesamtstaatliche und gesamtökonomische Potenz.

In wichtigen westeuropäischen Ländern ist das „siamesische“ Prinzip mehrfach gefährdet. Die Einheit von Partei und Gewerkschaft wie die Einheit der Arbeiterbewegung überhaupt ist in England, Schweden, Bundesdeutschland, Österreich, Schweiz weitgehend bis gänzlich verwirklicht. Überall sonst ist sie bloßes Desiderat,

vor allem in Lateineuropa. Die Ausgewogenheit der beiden Zwillinge - nach Stärke und Rollenverständnis - kann auch dort problematisch sein, wo die Einheit an sich eine historische Selbstverständlichkeit ist. In England z. B. war nicht selten die Partei am Gängelband der Gewerkschaft, die Gewerkschaft in überschießender Opposition zur regierenden Partei.

In Österreich wurde Victor Adlers Prinzip der „siamesischen Zwillinge“ Partei und Gewerkschaft zu einer durch geschichtliche Erfahrung reichlich gestützten dreifachen Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich ist die Stärke durch Einheit. Selbstverständlich die Stärke, wechselseitige Ergänzung und Rollenelastizität jedes der beiden Zwillinge. Selbstverständlich schließlich, daß der gewerkschaftliche Zwilling einen halben bis ganzen Kopf größer ist als der Parteizwilling.

Reformismus

„Der Unterschied zwischen der politischen Tätigkeit, wie die Arbeiterpartei sie entwickelt, und der Aufgabe der Gewerkschaften liegt darin, daß die erstere eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anstrebt, während die letzteren in ihren Bestrebungen auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft stehen.“ Der Satz stammt vom Urvater der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Carl Legien, aus dem Jahr 1891. Er ist immer noch wahr, eher noch wahrer als damals. Denn auf dem „Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft“ stehen unterdessen nicht nur Gewerkschaften, sondern auch die Parteien der westlichen Arbeiterbewegung. Ob SPen oder KPen, in dieser Hinsicht sind sie allesamt Sozialdemokratie.

Daß eine solche Partei „eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anstrebt“, ist ihre langfristige Perspektive, und mit Recht. Aber in ihrer Alltagsarbeit ist Sozialdemokratie eine treue, fleißige, ehrliche „Gewerkschaftspartei“ auf dem Boden und in den Grenzen der bestehenden Ordnung. Auf welchem Boden sollte sie sonst stehen? Daß gerade dadurch diese Grenzen durchlässig werden, diese Ordnung sich verändert - steht auf einem anderen Blatt, überbetitelt „List der Geschichte“.

Arbeiterbewegung ist kein ideologisches Gebilde, sondern ein praktisches. Sie ist, was Marx nannte: „instinktive Arbeiterbewegung diesseits und jenseits des Atlantik“. Versuche, sie mit kopfschwerer Theorie zu befrachten, sind immer wieder gescheitert. Jeder Überideologisierung setzt sie gesunden reformistischen Widerstand entgegen. Sie ist Vertretung der unmittelbaren Interessen der Gesamtarbeiterklasse jetzt und hier - alles andere folgt in weitem Abstand.

Ebenso unversiegliche Quelle des Reformismus wie die nackte Nötigung zur täglichen Reformarbeit als Interessenvertretung - wo bleiben sonst Mitglieder und Wähler? - ist die schiere Existenz dieser Interessenvertretung als solche, als Organi-

sation: Zwei Dinge gefährden die Existenz der praktischen Arbeiterbewegung: der Faschismus, der sie blutig unterdrückt, das hat sie mehrfach historisch erlebt — und die sozialistische Revolution; sie hat noch niemand erlebt, aber logisch bedeutet sie: Ende des Kapitalismus, Ende daher auch der Parteien und Gewerkschaften, welche die Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus vertreten. Gibt es ihn nicht mehr, gibt es sie nicht mehr. Mit der gleichen Konsequenz, mit der sie antifaschistisch ist, ist die praktische Arbeiterbewegung daher auch antirevolutionär. Gewerkschaftsfeinde sind alle Faschisten, aber auch alle „Revolutionäre“.

„Revolutionäre“ Gewerkschaften lateineuropäischen Typs, mit anarchosyndikalistischer Ideologie, gab es in Österreich nur ansatzweise in mythischer Frühzeit. Sie entsprachen den „Lokalisten“, die in der Frühzeit der deutschen Gewerkschaften gegen die „Zentralisten“ kämpften, gegen eine einheitliche Dachorganisation und deren Verknüpfung mit einer politisch-parlamentarischen Partei. Sie hielten Lohnkämpfe und überhaupt Reformen für sinnlos und wollten statt dessen die „lokale“, an Ort und Stelle des einzelnen Betriebes stattfindende unmittelbare und totale ökonomische Revolution mittels spontanen Streiks zur Niederrichtung des Kapitals.

Ebensowenig gab es in Österreich irgendwie bedeutungsvolle „linkskommunistische“ Gewerkschaften, die sich von der allgemeinen „reformistischen“ Gewerkschaftsbewegung abtrennten, um ungestört „revolutionär“ sein zu können - ein Organisationstyp, den Lenin ausdrücklich verurteilte, der aber in der Weimarer Republik in bescheidenem Umfang zeitweilig bestand. Gegenüber dem verbalen Revolutionarismus der austromarxistisch ideologisierten Sozialdemokratie der Ersten Republik ging die österreichische Gewerkschaftsbewegung auf deutliche Distanz.

So entsteht — faßt man das in den obigen Abschnitten Gesagte zusammen — das Bild einer eisern reformistischen Gewerkschaftsbewegung. In „siamesischer“ Verbindung mit einer Partei, die auch in der Zweiten Republik immer noch sozialistische Perspektive hat, brachte sie es zu einer einzigartig mächtigen Stellung in Staat und Ökonomie, die parlamentarische Demokratie solcherart verwandelnd in ein fast gleichgewichtiges kapitalistisch-sozialdemokratisches Mischsystem. Exotisch, aber auch exemplarisch.